

Nr. 6/2009 • 28.10.2009

* Schwarz-Gelb: Vertagung und Verunsicherung

Angela Merkel verspricht: Steuern und Abgaben werden nicht erhöht. Doch der Koalitionsvertrag verunsichert Bürgerinnen und Bürger. Das Tarnen, Täuschen und Tricksen aus dem Wahlkampf geht weiter. Alles Wichtige wurde vertagt. Vor der Wahl in NRW soll vernebelt werden, wohin die Reise geht. Doch eins wird klar, Schwarz-Gelb heißt: Mehr Belastungen vor allem für Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen, schlechtere Bildungschancen, soziale Spaltung und ein größerer Schuldenberg für Bund, Länder und Gemeinden.

Entlastung für Besserverdienende auf Pump

Die Steuergeschenke von Merkel und Westerwelle nutzen nur denjenigen mit hohem Einkommen. Und dafür macht Schwarz-Gelb höhere Schulden trotz krisenbedingter sinkender Einnahmen. Die Bezieher kleiner oder mittlerer Einkommen gehen leer aus. Dafür müssen sie höhere Abgaben und Gebühren zahlen. Ihnen bleibt also weniger Netto vom Brutto. Und wie die neuen Schulden abgebaut werden, bleibt völlig offen. Fest steht nur, dass Ländern und Gemeinden Geld für wichtige Aufgaben fehlt.

Kopfpauschale statt Solidarität

Die Abkehr von der solidarischen Finanzierung unseres Gesundheitswesens ist eingeläutet: Der Arbeitgeberanteil wird eingefroren und für die gesetzlich Versicherten wird bei Kostensteigerungen eine Pauschale unabhängig vom Einkommen erhoben. Arbeitgeber werden geschont und die Versicherten müssen Mehrkosten allein schultern. Dabei sind Besserverdienende fein raus und die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen zahlen die Zeche. Und wie der von Merkel versprochene Sozialausgleich finanziert werden soll, steht in den Sternen. In der Pflegeversicherung ist vorgesehen, die

Versicherten zu verpflichten, eine private Zusatzversicherung abzuschließen. Das bedeutet eine weitere einseitige Belastung der Versicherten. Nur die Versicherungswirtschaft ist obenauf, ihre Spenden an Union und FDP machen sich jetzt bezahlt.

Lohndumping gesetzlich festgeschrieben

Wer wirklich will, dass Arbeit sich lohnt, der sollte dem gesetzlichen Mindestlohn zustimmen. Aber Merkel stellt sogar bestehende Mindestlohnregelungen unter Vorbehalt. Denn Schwarz-Gelb führt anderes im Schilde: Sie machen Lohndumping zur Regel und wollen gesetzlich fest schreiben, dass branchenübliche Löhne bis zu einem Drittel unterschritten werden dürfen.

Einstieg in Bildungsprivatisierung

Schwarz-Gelb verabschiedet sich von kostenloser Bildung als öffentlicher Aufgabe zur Erreichung von Chancengleichheit. Es folgt die private Bildungsfiananzierung durch Prämien für sog. Bildungssparen. Das begünstigt die, die genug verdienen, um Geld auf die hohe Kante zu legen. Gleichzeitig sollen 10 Prozent der Studierenden nach Begabung durch Stipendien gefördert werden. Auch dies begünstigt vor allem Kinder von Besserverdienenden. Außerdem sendet Schwarz-Gelb mit dem „Betreuungsgeld“ ein fatales Signal aus: Die frühe Förderung von Kindern in guten Kitas wird zurück gehen. Die Konsequenzen tragen die Kinder aus benachteiligten Familien. Und das schadet uns allen.

Fazit: Schwarz-Gelb begünstigt ihre Klientel. Für alle anderen wird nichts besser, dafür vieles unsicherer. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die konservativ-neoliberale Regierung durch selbstbewusste Oppositionsarbeit stellen und ihr sozial gerechte Alternativen entgegensetzen.